Deutsches Reich.

In allen Kreisen, selbst in denjenigen der siegreichen Parteien, herrscht darüber vollständiges Einverständniß, daß der betrübende Ausfall der Wahlen nicht sowohl durch den Uebergang einer nennenswerthen Zahl von freisinnigen Wählern in das Lager der Regierungsparteien hervorgerufen ist, als durch die Wirkung, welche die Kriegsdrohungen der Regierungspresse auf die bisher bei den Wahlen unbetheiligten Kreise ausgeübt haben. Der Appell an die Furcht hat dieses Mal ein Echo im deutschen Herzen gefunden, weil er von denjenigen ausging, die berufen schienen, gegen die Ausbeutung der blassen Furcht zu Parteizwecken Protest einzulegen. Das Spiel ist freilich jetzt, wo es sich zeigt, daß das Septennat durchaus nicht den Frieden bedeutet, in seiner ganzen Frivolität klar gelegt. Aber es schließt das nicht aus, daß der Versuch, die Wähler irre zu führen, bei den Stichwahlen erneuert wird. Es ist demnach noch nicht zu spät, die Dreistigkeit dieser Täuschungsversuche an einem eclatanten Beispiele zu zeigen. In einer großen Zahl von Wahlkreisen ist eine ältere Zusammenstellung der Truppen und Festungen der Franzosen zwischen Paris und der deutschen Grenze, entworfen von E. v. Troeltsch, königlich würtembergischer Major a. D., nach den besten, meist amtlichen Angaben benutzt worden, um die Wähler in Schrecken zu setzen. (Diese Karte war z. B. in Leipzig an allen Plakatsäulen angeschlagen und auch nach Halle wurden verschiedene Exemplare importirt und in den Wahlgesprächen am Biertische verwerthet). Auf dieser Karte, welche die französische Grenze, von Rouen bez. St. Etienne bis zur Ostgrenze, also etwa den vierten Theil Frankreichs umfaßt, sind in grellrothen Quadraten die französischen Truppendislokationen wiedergegeben und die in den betreffenden Garnisonen stationirte Truppenzahl mit in die Augen fallenden Ziffern angeführt. Danach stehen in Paris 120,000 Mann, in Nancy 18,550 Mann 2c. zum Einbruch nach Deutschland bereit; alles in allem 600,000 Mann, während der angrenzende deutsche Rayon, der die Breite des Schwarzwaldes umfaßt, bis Wetzlar und Köln reicht, also nur einem Drittel des zur Darstellung gebrachten französischen Gebietes entspricht. Um einen Vergleich zu ermöglichen, hätte das deutsche Gebiet bis mindestens Regensburg, Erfurt und Hannover mit dem Rayon von fast 6 deutschen Armeecorps — Rekrutirungsbezirken, den dritten Theil der deutschen Armee dargestellt und auf diesem die deutschen Garnisonen ebenfalls auf Kriegsfuß eingetragen werden müssen. Daß die Angabe der Stärke der französischen Truppen nicht die Friedensstärke ist — diese würde noch nicht 170,000 Mann ergeben, sondern die betr. Linien und Landwehrbataillone auf dem Kriegsfuß, ist allerdings auf der Karte zu lesen, aber in so kleiner Schrift, daß der aufgeregte Wähler davon keine Notiz nimmt. Nimmt man sich nun die Mühe, nur auf dem kleinen Eck deutschen Gebiets, das die Troeltsch'sche Karte wiedergiebt, also noch nicht überall die Entfernung von Mainz bis Köln oder Wetzlar, die jener von der französischen Grenze bis Cambrai, Soissons, Provins, Autun und Bourg entspricht, die betr. deutschen Truppen, Linie und Landwehr auf dem Kriegsfuß (dabei nur die 3 Bataillone jedes Infanterieregiments und dessen je 2 Landwehrbataillone, also ohne Depot- und Ersatz-Bataillone, ohne Rücksicht auf den weit die Bataillonsstärke umfassenden Mannschaftsbestand der Landwehr gerechnet) einzuzeichnen und nun die entsprechenden Vergleiche zu ziehen, so kommt man zu einem ganz anderen Bilde. Es verfügt nämlich die deutsche Heeresleitung nach der offiziellen, jedermann zugänglichen „Armeeeintheilungs- und Quartierliste des deutschen Reichsheeres pro 1887“ ohne jede Neuformation, ohne die jetzt erst verlangten 4 Bataillone, an Linie und Landwehr auf Kriegsstärke auf dem Stückchen deutschen Gebiets, das die Trölisch'sche Karte noch aufweist, über 253,000 Mann. Zieht man eine exakte der Grenzlinie entsprechende Linie durch das auf der Troeltsch'schen Karte dargestellte korrespondirende französische Gebiet in gleicher Entfernung von der Grenze, wie Köln und Wetzlar, und zählt man die in diesem Rayon von Troeltsch aufgeführten französischen Truppen zusammen, so ergiebt sich die Thatsache, daß nicht einmal auf gleichem (denn auf der deutschen Seite müßten korrespondirenderweise noch die ganzen Garnisonen Würtembergs, Unterfrankens und Augsburg-Schwabens zugerechnet werden) sondern bereits etwas größerem Gebiete Frankreich nur über 232,000 Mann (trotz Sperrforts und der neuen großen Festungslinie) disponirt. Die großen in Paris, Lyon u. s. w. einrückenden Truppenmassen fallen über diese Grenzlinie hinaus, können auch als gefährliche Grenzbesatzung nicht gelten. Hätte man das den Wählern gesagt, so wäre der Mißbrauch der zu ganz anderen Zwecken hergestellten Troeltsch'schen Karte zu Wahlzwecken unmöglich gewesen. Aber — mit Hilfe der Wahrheit würde man keinen einzigen freisinnigen Kandidaten beseitigt haben.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 26. Febr.

Am Ministertische: Minister für öffentliche Arbeiten Maybach, Finanzminister Dr v. Scholz, Unterstaatssekretär Meinecke, Direktor der indirekten Steuern Geh. Ober-Finanzrath v. Pommer-Esche, Geh. Ober-Finanzräthe Schmidt und Lehnert, Geh. Regierungs-Rath Grüttefien u. a.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Von dem Rest des Etats steht zunächst das Extraordinarium des Eisenbahnamts zur zweiten Berathung.

Die ersten Titel des Extraordinariums werden nach dem Antrage der Budgetkommission unverändert angenommen.

Zu Titel 15, in welchem für den Umbau des Bahnhofs Geisenheim 155,000 M. gefordert werden, ist von der Stadt Geisenheim eine Petition eingegangen, welche eine andere, wie die beabsichtigte, Anlage der Zufuhrstraße zum Bahnhofe verlangt.

Abg. Lotichius beantragt, die Petition, welche bei dem Umbau des dortigen Bahnhofs eine Unterführung der Zufuhrstraße unter den Bahnkörper einzurichten verlange, der kgl. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Wißmann (dfr.) schließt sich diesem Antrage im Interesse des städtischen Verkehrs an. Es sei anzunehmen, daß die Ausführung mit den heute bewilligten Mitteln gedeckt werden könne.

Regierungskommissar Grüttefien: Ich meine doch, daß die von den Herren Vorrednern befürwortete Unterführung des Bahnkörpers erhebliche Mehrkosten in Anspruch nehmen würde. Ich möchte Sie daher bitten, gemäß dem Beschlusse der Kommission über die vorliegende Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) bittet, den Antrag Lotichius abzulehnen und über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Berger-Witten findet die Bitte der Geisenheimer gerechtfertigt und ist daher für den Antrag Lotichius. An der Lage des Bahnhofs nach dem Projekt der Regierung sei nichts mehr zu ändern.

Regierungs-Kommissar Geh. Regierungsrath Grüttefien bestreitet nochmals das Bedürfniß des beantragten Baues und die Nachtheile des jetzigen Zustandes.

Nach einem Schlußwort des Referenten, das auf die Unmöglichkeit hinweist, sich über so lokale Fragen zu orientiren, wird der Antrag Lotichius abgelehnt und über die Petition zur Tagesordnung übergegangen, der Titel selbst bewilligt.

Im Tit. 30 werden zur Unterführung der Behringhauserstraße am Bahnhof Hagen 80,000 M. gefordert.

Abg. Berger-Witten (parteilos): Ich erkenne zwar an, daß an der Lage der Dinge am Bahnhof Hagen nichts mehr zu ändern sei, daß aber eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Städte sich in gleicher Lage befindet, ohne daß ihren Wünschen stattgegeben wird. Nur die großen Städte werden von der Staatsregierung genügend berücksichtigt. Was denen recht ist, ist aber den kleinen Städten billig! Ich wünsche, daß die Staatsregierung die Verkehrsverhältnisse der kleinen Städte mehr berücksichtige.

Der Titel wird angenommen.

Tit. 42 enthält den Betrag von 1,500,000 M. unter der Bezeichnung

„Dispositionsfonds zu unvorhergesehenen Ausgaben für die für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen, sowie zur Deckung von Ausgaben bereits geschlossener extraordinärer Baufonds.“

Die Budgetkommission beantragt zu dieser Bezeichnung folgenden Zusatz:

„insofern diese Ausgaben innerhalb der ursprünglich bewilligten Summe liegen.“

Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach: Die königliche Staatsregierung ist mit der Budgetkommission der Meinung, daß die Ueberschreitung der Ausgaben nicht aus dem Dispositionsfonds, sondern durch besondern Kredit gedeckt werden soll. Ich erkläre mich mit der Aenderung einverstanden.

Der Titel und der Rest des Extraordinariums werden angenommen, ebenso die noch rückständigen Titel aus den Einnahmen des Etats der Finanzverwaltung.

Beim Tit. 17 des Kap. 43 des Ordinariums der Ausgaben, in welchem zur Ueberweisung an die Kommunalverbände aufgrund der lex Huene 18 Millionen aus den landwirthschaftlichen Zöllen des Reiches ausgeworfen sind, bittet

Abg. Hagens (nationallib.), dem Hause eine tabellarische Uebersicht zugehen zu lassen, in welcher Weise von den einzelnen Kommunalverbänden über die überwiesenen Summen verfügt worden ist, ob dieselben zu Chausseebauten, zu Schulbauten oder zu welchen anderen Zwecken verwendet worden sind.

Finanzminister Dr v. Scholz: Ich bin nicht in der Lage eine Erklärung seitens der Staatsregierung darüber abzugeben. Soweit ich die Sache übersehen kann, würde die Herstellung der geforderten tabellarischen Uebersicht keine ganz leichte Arbeit sein. Sie würde sich auch nicht als Beilage zum Etat, sondern höchstens zu einer besonderen Mittheilung eignen, weil die Kommunen doch nicht vorher über ihre Ausgaben beschließen, und weil die Mittheilungen daher nur einen retrospektiven Charakter haben könnten. Auch würde sie sich über mehrere Ressorts erstrecken und gehört eigentlich mehr in das Gebiet meines Kollegen vom Ressort des Innern.

Dieser Titel und der noch rückständige Rest dieses Etats werden angenommen.

Bei den rückständigen Titeln des Kultusetats werden diese selbst angenommen, eine Petition des Abg. Mooren, das Gehalt des katholischen Hilfsgeistlichen in Eupen von 800 auf 1200 M. zu erhöhen, wird abgelehnt und die Regierung aufgefordert, diese Gehaltserhöhung für den nächsten Etat in Aussicht zu nehmen.

Zu dem Tit. 29a des Kap. 126 des Kultusetats, welcher zur Unterstützung für emeritirte Elementarlehrer die Summe von 808,000 M. fordert, hat Abg. Knörcke eine Resolution gestellt: diese Summe dergestalt zu verstärken,

„daß die vor Erlaß des neuen Lehrerpensionsgesetzes vom 6. Juli 1885 emeritirten Lehrer einen Zuschuß erhalten können, durch welchen ihr gesammtes Pensionseinkommen möglichst diejenige Höhe erreicht, welche ihnen zustehen würde, wenn sie nach dem gedachten Pensionsgesetze emeritirt wären.“

Die Budgetkommission empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Referent Mithoff (Centrum) führt aus, daß bereits früher im Hause eine Resolution gefaßt worden sei, wonach die Staatsregierung ersucht wurde, den Dispositionsfonds für Lehrerpensionen möglichst in solcher Höhe einzustellen, daß auch diejenigen Lehrer, welche vor Erlaß des neuen Pensionsgesetzes pensionirt worden sind, aus demselben bedacht werden können. Die Budgetkommission habe demnach geglaubt, dem Antrag Knörcke in seiner Form nicht zustimmen zu sollen, da einem Gesetze im allgemeinen nicht rückwirkende Kraft gegeben werden kann. Ueberdies stelle sich das Pensionseinkommen der in Rede stehenden Emeriten erheblich höher durch die einmaligen außerordentlichen Unterstützungen von 200,000 M. Hierdurch sei der Tendenz der früheren Resolution entsprochen und die Budgetkommission habe sich demnach darauf beschränkt, die Regierung aufzufordern, diesen Zuschuß auch in Zukunft möglichst zu gewähren.

Abg. Knörcke (dfr.): Herr v. Bedlitz hat vorgestern gesagt, ich verfolge wohl mit diesem Antrage noch einen andern Zweck, dem gegenüber muß ich entschieden darauf hinweisen, daß ich mich schon sehr lange für diese Sache interessirt habe. Er meint, daß, wenn ich wirklich die Erhöhung der Ausgaben in dieser Beziehung wolle, ich auch die nöthigen Einnahmen bewilligen müsse. Ich meine aber, daß man die Abhilfe eines solchen Nothstandes nicht von den vorhandenen Mitteln abhängig machen, sondern Mittel dafür flüssig machen soll. Ich finde die Gründe der Budgetkommission alle nicht stichhaltig. Der Mangel von Mitteln ist gar nicht so groß, wenn man für Kunstzwecke und dergleichen so viele Millionen übrig hat. Sehen Sie sich z. B. auch den Forstetat an, worin die Oberförstergehälter so bedeutend erhöht worden sind. Der zweite Grund der Kommission ist der, daß die Noth nicht so groß sei, um eine so bedeutende Mehreinstellung von Mitteln zu rechtfertigen. Mit 600 M. können alte Leute bei ihren besonderen Bedürfnissen nicht auskommen. 150, 200 M. brauchen sie schon zur Miethe. (Heiterkeit.) Auch die durchschnittliche Summe von 120 M. reicht nicht aus, weil den höheren Pensionen in den großen Städten die niedrigen in den Dörfern gegenüberstehen. Redner schildert mit Eifer die Noth der pensionirten Lehrer, erregt aber durch seine Ausführungen vielfach nur Heiterkeit. Sie sollten lieber nicht über die Noth der Lehrer lachen! (Ruf rechts: Darüber lacht niemand, sondern über Sie!) Ich habe mir in der Kommission Mühe gegeben die Segnungen des Emeritengesetzes auch auf die älteren Pensionäre auszudehnen, es ist nicht gelungen. Ich behaupte, daß in den Emeritenkreisen die Noth eine solche ist, daß wir sie beseitigen müssen; um so mehr, als sich die dafür ausgeworfene Summe jedes Jahr um 10 Proz. verringert und endlich ganz verschwindet. Ich bitte um Annahme des Antrages!

Abg. v. Eynern (nat.-lib.): Ein Antrag, die Stellung der Lehrer zu verbessern, wird von uns stets mit den größten Sympathien aufgenommen werden, und der Abgeordnete Knörcke hat keineswegs ein besonderes Privilegium darauf. Das Lehrerpensionsgesetz, welches die Stellung der Lehrer für ihr Alter sichert, rührt von einem Antrage der Konservativen und Nationalliberalen her, der erst später die Unterstützung der Fortschrittspartei gefunden hat. (Hört!) Auch den heutigen Antrag Knörcke haben meine politischen Freunde mit dem größten Wohlwollen geprüft; nachdem aber die Budget-Kommission einstimmig der Staatsregierung darin zugestimmt hat, daß der Dispositionsfonds dafür jetzt nicht ausreicht, und zu der Ansicht gekommen ist, daß ein solcher Nothstand, wie der Abg. Knörcke ihn schildert, nicht vorhanden ist, und daß selbst dann, wenn er vorhanden wäre, nicht der Staat, sondern die Gemeinden dafür einzutreten hätten, nachdem ferner selbst der Abg. Virchow, der Spezialkollege des Abg. Knörcke, auch diesem Ablehnungsantrage der Kommission zugestimmt hat, — da glaube ich, daß der Abg. Knörcke zunächst seine eigenen Fraktionsgenossen zu der Erkenntniß der Richtigkeit seiner Ansichten bringen sollte. Ich meinerseits bin bereit, falls der Abg. Knörcke einen Antrag einbringt, wie eine neue Steuerquelle zur Deckung dieser 300,000 M. erschlossen werde, diesem seinem Antrage sofort zuzustimmen. Unsere Steuerquellen sind sehr gering. Ich erinnere daran, daß wir, um die Kosten für das Lehrerpensionsgesetz aufzubringen, hier den Beschluß fassen mußten, die Zahl der Lotterieloose zu verdoppeln. Ich glaube aber, daß die Stellung der politischen Freunde des Herrn Knörcke sehr geringe Hoffnungen auf die Annahme eines solchen Steuerantrages offen läßt. Wir können nach der einstimmigen Ablehnung des Antrages Knörcke durch die Budgetkommission der Annahme desselben nicht eher zustimmen, als bis uns der Antragsteller mittheilt, auf welche Weise er die Mittel zur Ausführung herbeischaffen will.

Abg. Knörcke: Der Herr von Eynern ist falsch berichtet, wenn er meint, daß die Kommission einstimmig meinen Antrag abgelehnt habe. So viel ich weiß, ist die Kommission gar nicht einmal beschlußfähig gewesen, und der Abgeordnete Virchow, den Herr von Eynern als meinen Gegner anführt, hat an der Berathung gar nicht theilgenommen.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.): Ich stütze mich auf die Ausführungen des Hrn. Referenten, der uns soeben mitgetheilt hat, daß der Antrag einstimmig abgelehnt wurde. Ich habe ihn gefragt, wer anwesend war, namentlich von den Parteigenossen des Abg. Knörcke, und da hat mir der Herr den Abg. Virchow genannt.

Abg. Stengel (freikons.): Ohne auf diese Diskussion weiter einzugehen, erlaube ich mir nur, als bermaliger Vorsitzender der Kommission zu bemerken, daß eine sehr lange Diskussion stattgefunden hatte, an der der Abg. Knörcke — mit Erlaubniß der Kommission — sich selbst auch betheiligte. Als ich schließlich fragte, ob gegen den von uns formulirten Beschluß ein Mitglied sich erheben wolle, hat sich keins erhoben. Meines Erinnerns ist der Abg. Virchow zu der Zeit noch dagewesen, er hat sich nicht erhoben. Ob die Kommission nicht beschlußfähig gewesen ist, weiß ich nicht. Es ist von keiner Seite in Anregung gebracht worden, daß sie nicht beschlußfähig sei, und so lange das nicht der Fall ist, gilt bekanntlich eine Versammlung für beschlußfähig. (Zustimmung.)

Die Resolution Knörcke wird gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen abgelehnt.

Die allgemeinen Bemerkungen zum Etat und die Etatsgesetze werden ohne Debatte angenommen.

Der Präsident konstatirt, daß eine Aenderung an den Beträgen der einzelnen Positionen des Etats nirgends vorgenommen ist.

Damit ist die zweite Etatsberathung beendet.

Das Gesetz, betreffend die Feststellung der Leistungen für Volksschulen steht mit geringfügigen Aenderungen, welche das Herrenhaus an ihm vorgenommen hat, zur ersten Berathung.

Nach dem Gesetz soll bei einer durch die Schulaufsichtsbehörde beanspruchten Steigerung der Leistungen einer Volksschule, (als solche ist jede Schulenrichtung anzusehen, welche zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dient) falls ein Einverständniß bezüglich der Mehrleistung mit den zur Leistung Verpflichteten nicht zu erzielen ist, für Landschulen der Kreis-, für Stadtschulen der Bezirksausschuß beschließen.

Abg. Dr Brüel (Welfe) behrieht die Vorlage in allen ihren Einzelheiten. Er deutet dieselben hier jedoch nur an, in der Kommission bedürften sie einer genauen Prüfung.

Abg. Wüsten (kons.) wünscht eine Erhöhung des Fonds für Schulbauten. Er sei mit seinen politischen Freunden ebenfalls der Meinung, daß vieles in dem Entwurf deutlicher und präzier gefaßt werden müsse, deshalb sei auch er für Verweisung der Vorlage an die Kommission. Er mache übrigens bei dieser Gelegenheit den Herrn Kultusminister auf die formell rechtlose Stellung der Gemeindeschulen in Schlesien aufmerksam. Der Landtagsabschied von 1823, welcher die Verhältnisse dieser Schulen regelt, ist in die Gesetzsammlung nicht aufgenommen worden. Der Redner bittet daher den Herrn Minister, diesem Mißstande abzuhelfen.

Abg. Schmidt-Sagan (freikons.): Die Bedenken, welche ich gegen die Vorlage habe, richten sich vorerst gegen den § 2 des Entwurfs. Der Ausdruck „bisher“ in der Einleitung des Paragraphen ist für viele Fälle nicht genau genug. Dieser Passus ist werth, in der Kommission etwas näher geprüft zu werden. In welchem Sinne dieser Ausdruck angewendet werden soll, ist sehr wichtig. Nach meiner Meinung ist überhaupt die Fassung des § 2 zu allgemein. Besonders gilt dies in Beziehung auf die Stellung der Kreistage und des Provinzialraths zur Festsetzung der Lehrerpensionen. Ich bemerke, daß bereits in den Lehrerkreisen Beunruhigung darüber herrscht. Der Entwurf scheint mir hier wirklich etwas zu weit zu gehen. Der Wille und die Absicht des Lehrerpensionsgesetzes würden auf diese Art illusorisch gemacht werden. Alles dies muß in der Kommission beiprochen werden. Ferner muß in dem Gesetz ausgesprochen werden, wie weit das Zuständigkeitsgesetz alterirt werden soll. Im übrigen kann ich mich mit dem Gesetz einverstanden erklären. Meine Bedenken werde ich in der Kommission vorbringen, und ich bitte Sie, dieselben dort zu würdigen.

Abg. v. Benda (nat.-lib.): Dieses Gesetz schiebt allerdings eine große Verantwortung auf den Provinzialrath. Es sind sehr viele Gründe, welche für und wider dasselbe angeführt werden können. Deshalb eben stehen meine politischen Freunde im allgemeinen diesem Gesetz sympathisch gegenüber, weil es den Gegenstand nicht definitiv, sondern provisorisch regelt. Ein Bedenken, welches ich hauptsächlich hege, ist die Frage, ob in den Ausführungen dieses wichtigen Gesetzes Konformität von Provinz zu Provinz herrscht, und es wird dies meines Erachtens die Hauptaufgabe in den Berathungen der Kommission bilden müssen.

Die Vorlage wird an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Konsolidationsgesetz für Wiesbaden. Dritte Lesung des Etats.

Schluß 1 Uhr 45 Minuten.

Liberale Wählerversammlung in Halle.

Die am Sonnabend nachmittag im Saale des „Prinz Karl“ abgehaltene Wählerversammlung war trotz der ungünstigen Witterung sehr gut besucht. Die Versammlung wurde um ½4 Uhr von Hrn. Stadtverordneten Kfm. Karl Meyer mit folgender Einleitungsrede eröffnet:

Meine geehrten Herren! Wenn wir einen Rückblick auf den Verlauf der am vergangenen Montag stattgefundenen Wahlen werfen, so müssen wir eine gewisse Befriedigung empfinden, wenn wir sehen, daß trotz aller der Anfeindungen, trotz der Verdächtigungen, trotzdem uns drei oder eigentlich vier Parteien ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870301027/fragment/page=0001

gegengestanden haben, daß wir trotz alledem es dahin gebracht haben, daß uns ein Stimmenzuwachs im Kreise und in der Stadt von in Summa ca. 1500 Stimmen zugefallen ist. M. H., wir müssen unbedingt befriedigt sein über dieses Resultat, als die Verdächtigungen bis zum letzten Momente fortgedauert haben; ja, zu derselben Stunde, wo wir am vergangenen Sonntag hier den Führern der Nationalliberalen und Konservativen das Wort geben, um uns Rede und Gegenrede zu stehen, in demselben Momente wurde ein namenloses Flugblatt verbreitet — zu dessen Urheberschaft sich nachher allerdings wohl ein Mitarbeiter der „Hallischen Zeitung" bekannt hat — ich sage, in demselben Momente wurde ein derartiges Blatt verbreitet, welches Schmähungen, Unwahrheiten und Verdächtigungen in Hülle und Fülle enthielt, und das auf das entschiedenste von uns zurückgewiesen worden ist. M. H., unser Prinzip, unser Grundsatz ist vom ersten Tage an gewesen, als wir hier in der Wahlkampf eintraten, daß wir uns aller persönlichen Angriffe enthalten wollten. Wir wollen den Wahlkampf, den Kampf der Ideen, von der Höhe aus führen, die allein ihm gebührt; wir überlassen es jenen Parteien, die die Reaktion vertreten, in ihrer plebejischen Manier fortzufahren; wir werden uns nicht irritiren lassen, wir wollen auch fernerhin das gesittete, gebildete Volk darstellen. (Bravo!)

Und nun, m. H., wenn wir die Aufmerksamkeit von unserm hiesigen engeren Wahlkreise auf das allgemeine, auf das Gesammtresultat richten, so müssen wir allerdings bedauern, daß leider Gottes all diese Versuche, das Volk irregeführen, durchgedrungen sind, daß die Partei, die die Interessen des Volkes in den letzten Jahren in erster Reihe und ausschließlich wahrgenommen hat — denn, m. H., das dürfen wir nicht verkennen: was ist denn die nationalliberale Partei in den letzten Jahren gewesen? Sowohl im Reichstage wie im Landtage hat sie nichts weiter wie Liebedienerei dem Fürsten Bismarck gegenüber getrieben, und wir wollen abwarten, was die Folgezeit bringen wird — also, m. H., es ist zu bedauern, daß die entschieden liberale Partei in der Weise zurückgedrängt worden ist, daß sie fast nur ein Drittel der Mandate behauptet, die sie im aufgelösten Reichstage inne hatte. Aber, m. H., ich fürchte mich nicht vor dieser Niederlage, ich habe die Hoffnung, daß gerade von diesem Tage, von dieser Niederlage an der Tag näher und näher kommen wird, wo die deutschfreisinnige Partei in der früheren Stärke dastehen wird, wo das ganze Land oder wenigstens die große Mehrzahl der Bevölkerung der entschieden liberalen Partei zur Seite stehen wird. Und nun, m. H., vergessen Sie das Eine nicht: wir wollen die liberale Partei hier schützen, wir wollen, wir müssen alle Mittel und alle Hebel in Bewegung setzen, damit wir wenigstens das eine Mandat, das wir zu vergeben haben, für unsern Kandidaten durchbringen, und deshalb fordere ich Sie auf und bitte Sie dringend, am nächsten Mittwoch bei der Stichwahl all' Ihre Kräfte in Bewegung zu setzen, nochmals dem Vaterlande zu dienen und dafür zu sorgen, daß wir hier den Sieg erfechten. (Beifall.) M. H. Die Regierung hat viel Zeit zu verschenken, sie muß ihre Karten aufspielen, sie muß Farbe bekennen, und sehr schnell wird die Ernüchterung eintreten; der Nuntius aus München, er wird wohl nächstens schon nach Berlin übersiedeln. Also, m. H., halten Sie wacker bei der Fahne, bleiben Sie treu und thun Sie Ihre Schuldigkeit! (Beifall.) Ich ertheile nunmehr Herrn Dr Alexander Meyer das Wort.

Dr Alexander Meyer: Meine hochverehrenden Herrn! Ich habe es für eine angenehme Pflicht gehalten, noch einmal vor Ihnen zu erscheinen, um allen denen, die für meine Wahl mit so großem Eifer eingetreten sind, daß ich in die Stichwahl gekommen bin, meinen Dank auszusprechen und Sie zu bitten, in ihrem Eifer zu verharren. Der Hr. Vorsitzende hat bereits darauf hingewiesen, daß das Wahlresultat des 21. Febr. für die deutschfreisinnige Partei ein überaus übles gewesen ist. Nun, m. H., wenn eine Sache einen schlimmen Ausgang genommen hat, dann liegt es in der menschlichen Natur, daß man sich ernsthaft prüft, ob man etwas verschuldet hat, ob man sich den Vorwurf machen muß, zu diesem schlimmen Ausgange beigetragen zu haben. Ich habe diese Prüfung auch an mir angestellt, und ich kann versichern, nach wiederholter Prüfung bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn ich vorausgesehen hätte, die Wahlen würden so ausfallen, daß wir auch nicht ein einziges Mandat retten würden, ich trotzdem nicht anders hätte stimmen können, wie ich gestimmt habe. (Stürmischer Beifall.) Wir sind der Regierung entgegengekommen bis auf die äußerste Grenze, wir haben nichts verweigert, was zur Wehrkräftigkeit des Vaterlandes erforderlich ist, und wir sind noch jetzt der Ueberzeugung, es wäre Sache der Regierung gewesen, wenn es ihr auf eine ernsthafte Verständigung ankam, in Bezug auf die Zeitfrage uns entgegenzukommen. Eine Partei kann bei den Wahlen eine Reihe von Sitzen verlieren und sie kann diese Sitze bei einer andern Wahl wiedergewinnen; aber eine Partei, die einmal ihre Grundsätze über Bord geworfen hat, findet dieselben niemals wieder, sondern sie wird wie auf einem Steuerlosen Schiffe umhergeworfen (Sehr richtig!) — ich könnte das an dem Beispiele einer andern Partei belegen — wir haben das nicht gewollt, wir sind eingetreten für das Recht des Reichstags, die finanziellen Bedürfnisse des Reichs zu prüfen, wir sind eingetreten für das Recht des einzelnen Dienstpflichtigen, daß zur gehörigen Zeit geprüft wird, ob die Last, die er im Interesse des Vaterlandes auf sich nehmen muß, nicht erleichtert werden kann. Auch jetzt noch steht die Sache nach meinem Dafürhalten so, daß kein freisinniger Mann einem Mitglied der Kartell-Partei in der Stichwahl seine Stimme geben darf. Wenn in einem oder dem andern Nachbarkreise etwas entgegengesetztes geschehen sein sollte — ich sage jein sollte, denn wir sind nicht darüber unterrichtet — so mißbilligt die Parteileitung dies in der allerentschiedensten Weise. (Bravo.) Wir gehen von zwei Ansichten aus, erstens, wir sind von den Kartellparteien in so schwerer Weise gekränkt worden durch üble Nachrede, daß bei dem Vorhandensein des normalen Ehrgefühls es für einen freisinnigen Mann nicht möglich ist, unter irgend einem Vorwande für ein Mitglied dieser Kartellparteien zu stimmen (Beifall) und zweitens: es ist ganz thöricht, von einem Nationalliberalen sich das Versprechen geben zu lassen, er wolle nicht für Monopole stimmen, er wolle nicht für Aenderung des Wahlrechts stimmen. Wir haben nach den Wandlungen, welche diese Herren durchgemacht haben, nicht das geringste Butzauen, daß sie fest bei der Stange bleiben werden, und wir müssen die Besorgniß hegen, daß, wenn sie in erster Lesung fest bleiben sollten, daß zur dritten Lesung doch der Augenblick eintreten wird, wo sie finden, daß eine staatsmännische Partei nie dreimal hinterenander Nein sagen dürfe. (Heiterkeit.)

M. H.! Hätten wir nachgegeben in dieser Frage des Septennats, so wären wir den schweren Kampf, den wir jetzt zu führen haben, nicht los geworden; es wäre irgend eine beliebige Frage hervorgesucht worden, um an derselben zu beweisen, daß wir Reichsfeinde, daß wir nicht reichstreu, daß wir vaterlandslos seien. Jede beliebige Frage, in der wir uns in der Opposition befinden, ist gut dazu, um die beliebte Redensart zu wiederholen, daß wir nichts weiter verstehen als zu negiren. Es wären um jeder andern Frage willen dieselben Mittel der Wahlbeeinflussung angewendet worden, die wir jetzt in dem Umfange haben erleben müssen, wie es nie zuvor der Fall gewesen ist: Beeinflussung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber, Beeinflussung des Privat-Publikums durch das Beamtenthum, Beeinflussung der Untergebenen durch ihre Vorgesetzten. Wir haben einen Aufruf gelesen, in dem der Vorsitzende einer Eisenbahn-Direktion an alle Arbeiter und Beamten ihrer Eisenbahnen das bestimmte Verlangen gestellt hat, sie sollten im Sinne der Regierung stimmen. Wir haben eine Anzahl von Fällen zu konstatiren, in denen Personen, die liberale Wahlaufrufe herumgetragen haben, ohne weiteres in Haft genommen und 24 Stunden, zu zwei Tage lang in Haft behalten sind. Wenn man mit solchen Mitteln kämpft, dann ist es ein sehr mißliches Ding, hinterher von einem sittlichen Siege über eine verkehrte Parteirichtung zu sprechen. Nein, m. H., es sind Mittel angewendet worden, die uns nicht zu Gebote stehen, und die, wenn sie uns zu Gebote ständen, wir für immer verschmähen würden. (Bravo!) Es handelt sich in diesem Augenblicke um Aufrechterhaltung der Freiheit des Wahlrechts gegen derartige übermenschliche Beeinflussungen, und es ist zu wünschen, daß jeder Bürger, der auf seine politische Freiheit hält, bei der Wahl sich diese Freiheit wahrt und den Stimmzettel mit der Person seines Vertrauens in die Urne wirft. Niemand hat das Recht, hinterher zu fragen: wen hast Du gewählt? Auf diese Frage darf jedermann die Antwort verweigern. Ich benutze dies ausdrücklich, weil mir am Wahltage selber noch ein Telegramm zuging von einem Achtrecht in der Umgegend, der seinem Inspektor auf die Frage, für wen er gestimmt habe, die Antwort gegeben hatte: „Für Meyer," und in demselben Augenblicke seine Kündigung erhielt. (Wie!) Der Mann hatte nicht nöthig, Antwort zu geben, darum ist die Wahl eine geheime, damit niemand verpflichtet ist, ein Wort darüber zu sagen, und nur diese Freiheit müssen Sie sich wahren! Ich muthe niemand zu, seine Existenz aufs Spiel zu setzen, ich muthe niemand zu, der sich in irgend welchem Verhältniß abhängig fühlt, gattirend für mich einzutreten, aber für den, der wünscht, daß unsere Freiheiten nicht ganz verloren gehen, habe ich den Wunsch, daß er sein Wahlrecht noch seiner innersten Ueberzeugung ausübt. (Bravo!)

Nun, m. H., der Ausfall der Wahlen hat so den Erfolg gehabt, daß die ganze Kriegsgefahr, mit der man uns mehrere Wochen unterhalten hat, wie in einer Versenkung verschwunden ist. (Heiterkeit.) Bis Montag hatten wir gehört von Barackenbauten, von Melinit, von Pikrinsäure und von ähnlichen Dingen; seit Dienstag hat man das nicht mehr für nöthig befunden, die Wahl war beendigt, diese ganze Agitation hat ihren Zweck erfüllt. Wir sehen jetzt voraus, die Septennats-Vorlage der Regierung wird in kurzer Zeit angenommen werden; der Reichstag ist mit einer Ueberstürzung, die man sonst nicht erlebt hat, einberufen, — schon für den Tag nach der Stichwahl, noch ehe die aus diesen Stichwahlen Hervorgehenden wissen, ob sie gewählt sind, es wird vor dem 1. April die ganze Neu-Organisation in Kraft treten, es werden die neuen Bataillone gebildet sein. Dagegen haben wir nichts; wir werden in 7 Jahren keine Gelegenheit haben, eine Prüfung eintreten zu lassen; wir bedauern das sehr, aber wir können es nicht ändern.

Aber, m. H., diese ganze Frage wird in 3 Wochen erledigt sein und dann dauert die Session noch 3 Jahre. In diesen 3 Jahren wird man um dieser Frage, vom Kriegsgeschrei und dergleichen kein Wort hören, aber man wird von anderen Dingen hören, von Steuerfragen, von Finanz-Vorlagen. In dieser Beziehung werden diese 3 Jahre sehr verhängnißvolle sein, und hier ist jeder einzelne Mann, um den die freisinnige Partei verstärkt wird, von Wichtigkeit. M. H., in unserer Partei ist es niemals so gewesen, daß die Masse es machte, sondern jeder einzelne hat sich bemüht, das Material durchzusuchen, um das es sich handelt, und jeder einzelne hat dazu beigetragen, die Gründe aufzuführen, mit denen wir die Regierung bekämpft haben. Ob wir bei den nächsten Wahlen 15 oder 25 haben, fällt für die Abstimmung nicht so sehr in Betracht, aber für die Diskussion fällt es außerordentlich schwer in Betracht; jeder Mann kann bei uns etwas leisten, jeder Mann ist für die Partei etwas werth, und wir werden harte Arbeit haben, um die Finanzvorlagen der Regierung, die wir erwarten, zu bekämpfen.

Und nun, m. H., möchte ich einmal einen Rückblick werfen auf die finanzielle Geschichte der letzten Jahre. Seitdem der Herr von Scholz Finanzminister geworden ist — es werden jetzt bereits 5 Jahre her sein — ist niemals ein zusammenhängendes Programm von der Regierung entwickelt worden, in welchem sie sagte, wie viel Mehrausgaben sie denn noch im Laufe der nächsten Jahre zu haben gedächte, und wie große die Summen sein würden, die sie zur Deckung aller dieser Mehrausgaben nöthig haben werde. Die Sachen schieben sich vielmehr bei uns in folgender Weise: Es wird eine neue Ausgabe vorgeschlagen von etwa zwanzig, dreißig Millionen, und man wird eine Steuervorlage gemacht, die sich auf eine sehr viel höhere Summe, die sich auf Hunderte von Millionen beläuft. Dann wird erklärt, jetzt haben wir Geld in Ueberfluß, jetzt können wir neue, nationale Ausgaben in Angriff nehmen; die werden alsdann mit Muth und mit Jubelrufen in Angriff genommen, und dann zeigt es sich: das Geld reicht nicht. Nun brauchen wir wieder eine neue Steuervorlage; diese wird wieder höher gegriffen, und so stehen wir einer Schraube ohne Ende gegenüber. Ich habe in einer der Kommissionen, die wir um Reichstage gehabt haben, dem Herrn von Scholz diese Auseinanderlegungen im Gesicht gesagt und ich habe noch vor kurzem im Landtage in öffentlicher Sitzung wiederholt, daß ich das gesagt habe. Er hat durch Kopfnicken zugegeben, daß ich es ihm gesagt habe und daß er darauf die folgende Antwort gegeben hat: der Staat werde mit seinen Ausgaben niemals fertig werden, denn es kämen immer neue Kulturzwecke, für die neue Gelder erforderlich seien. Nun stehen aber nach meinem Dafürhalten die Dinge so, daß jede neue Steuer ein Blutverlust für den Steuerzahler ist, den er unter Umständen ertragen kann und ertragen muß, nach dem er aber Gelegenheit finden muß, sich wieder zu kräftigen. Ich meine, ein so stürmisches Vorgehen mit fortdauernden neuen Steuervorlagen, wie wir es bisher gehabt haben, führt endlich zu einem Verblutungsprozeß. Wir müssen jetzt durchaus darauf dringen, daß, nachdem wir die Ausgaben gedeckt haben, die nun einmal unabweislich geworden sind, in allen weiteren Ausgaben die höchste Sparsamkeit obwaltet, und daß auch nicht ein Pfennig weiter mehr ausgegeben wird, als durch die neubewilligten Steuern gedeckt wird, und wir müssen danach trachten, daß die Steuern, die wir jetzt aufbringen müssen, auf dem gerechtesten und für die Wähler schmerzlosesten Wege aufgebracht werden. (Bravo!)

Nun sagt man uns, es stände uns schlecht an, der Regierung darüber Vorwürfe zu machen, daß sie keine Deckungsmittel für diese Ausgaben hätte; wir hätten ja an allem, was die Regierung uns vorgeschlagen hätte, immer Nein gesagt. Ja, m. H., demgegenüber muß ich sagen, die gegenwärtige Regierung hat überhaupt noch keine Steuervorlage eingebracht, für die sie die Mehrheit in irgendeiner Partei gewonnen hätte; sie mag vorgeschlagen haben was, sie will, sie ist dem Widerstande in allen Parteien begegnet. Sie hat das Tabaksmonopol vorgeschlagen, für das sich 34 Mann erklärt haben, und sie hat das Spiritusmonopol vorgeschlagen, für das sich 3 Mann erhoben haben. Will sie jetzt, nachdem die Majorität des Reichstags sich verändert hat, mit diesen Projekten wiederkommen? Man sagt ja, sie hätte sich feierlich verpflichtet, diese Monopole nicht wieder vorzubringen. Was will sie also thun? Es giebt bisher kein klares Finanzprojekt, das ausgearbeitet wäre im Schoße der Regierung, keins von der konservativen Partei, keins von der nationalliberalen Partei. Wir stehen einer durchaus unbestimmten Zukunft gegenüber und unsere Pflicht wird es sein, in der schärfsten Weise jedes neue Projekt, das ausgegeben wird, zu prüfen. Dazu sind wir berufen, diese Aufgabe werden wir erfüllen, werden wir mit dem größten Eifer erfüllen, so wie wir auch an Zahl zusammengeschmolzen sein mögen.

Vorderhand sehen wir nicht ab, wie die Regierung, wenn sie kein Monopol einbringen will, überhaupt zu den Steuern kommen will, die da gefordert werden, zu den mehreren Hundert Millionen, die immer noch nothwendig sein sollen. Wir werden darauf dringen müssen, daß diese mehreren Hundert Millionen zusammenschmelzen auf den Betrag, der nothwendig ist, um die jetzige Vermehrung des Militärs zu decken. Wir haben dringende Veranlassung, der Regierung wegen ihrer ganzen Finanzverwaltung sehr schwere Vorwürfe zu machen. Sie hat sich gewissen Unterlassungen schuldig gemacht bei zwei sehr wichtigen Steuern, die nun einmal bestehen, an deren Abschaffung kein Mensch denken kann und die sie in ihrem finanziellen Ertrage hat verfallen lassen — ich spreche von der Zuckersteuer und von der Branntweinsteuer.

Sie wissen, m. H., der Zucker zahlt bei uns einen Steuerbetrag, der auf ungefähr 4 Thaler vom Centner zu berechnen ist. Diese Steuer wird den Fabrikanten, welche Zucker ins Ausland führen, erstattet. Wir können eben vom Auslande keine Konsumsteuer fordern, wir müssen im Interesse der Fabrikation wünschen, daß unsere Fabriken auch für das Ausland arbeiten — das können sie aber nur, wenn sie steuerfrei für das Ausland arbeiten. Wir müssen also wünschen, daß den Zuckerfabrikanten, welche Zucker exportiren, die gezahlte Steuer wieder erstattet wird, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Nun waltet hier aber eine Schwierigkeit ob: man weiß nicht genau, wie viel Steuern ein Fabrikant hat bezahlen müssen, um einen Centner Zucker herzustellen. Die Steuer wird nicht vom Centner Zucker erhoben, sie wird vom Centner Rüben erhoben, der in die Presse, in die Diffusionsmaschine hineingeht, und die Rübe liefert bald mehr, bald weniger Zucker-Ausbeute. Man hat vor Jahren eingenommen, daß 12½ Ctr. Rüben nothwendig seien, um 1 Ctr. Zucker herzustellen, und man ist später, als sich die Rüben-Kultur hob, auf den Betrag von 11¾ Ctr. zurückgegangen. Nun, m. H., haben wir schon vor Jahren darauf hingewiesen, diese Rechnung ist falsch. Es sind jetzt nicht mehr 11¾ Ctr., es sind nicht mehr 11 und nicht mehr 10 Ctr. Rüben nöthig, um 1 Ctr. Zucker herzustellen, und der Mann, der 1 Ctr. Zucker ins Ausland führt und darauf so viel Steuern bezahlt erhält, als hätte er 11¾ Ctr. Rüben verbraucht, bekommt an Steuern mehr vergütet als er bezahlt hatte: mit andern Worten: er bekommt aus der Staatskasse ein Geschenk dafür, daß er Zucker ins Ausland führt, und dieses Geschenk kann er nur auf Kosten der übrigen Steuerzahler erhalten. Wir haben vor vielen Jahren darauf hingewiesen, daß infolge der neueren Methoden, die sich in der Zuckerbereitung entwickelt haben, infolge der bessern Rübenkultur, welche saftreichere Rüben züchtet, infolge des Diffusionsverfahrens, infolge des Melasse-Entzuckerungsverfahrens dieser Steuerbonifikationssatz zugunsten der Fabrikanten sich verschoben hat. Die Regierung hat uns nicht gehört, sie hat auf unser wiederholtes dringendes Verlangen nichts gethan, um diesem Mißverhältniß abzuhelfen, bis wir dann plötzlich im Jahre 1881 oder 1882 einem gewaltigen Rückgange aus der Zuckersteuer gegenüberstanden. Unter gewöhnlichen Verhältnissen soll die Zuckersteuer 50—60 Millionen M. einbringen, und dieser Reinertrag ist auf die Hälfte zurückgegangen. Unser Zuckerexport hat sich in einem unglaublichen Maße gehoben, wir verlassen jährlich für 2—300 Millionen M. Zucker an das Ausland, und wir zahlen für jeden ausgeführten Centner aus unserer Staatskasse denjenigen, der ihn ausführt, noch etwas zu. Im Jahre 1882 endlich hat sich die Regierung dazu dringen lassen, eine Herabsetzung dieser Exportbonifikation um 20 Pf. vorzuschlagen. Wir sind damals mit der Behauptung aufgetreten, diese 20 Pf. reichten bei weitem nicht aus, man müßte 40—50 Pf. von der Bonifikation abziehen, um diese Bonifikation auf den Betrag zurückzuführen, den der Fabrikant wirklich bezahlt hat. Die Regierung hat sich entschieden geweigert, über die Ermäßigung von 20 Pf. hinauszugehen, und die Majorität des Reichstags ist ihr damals beigetreten. Der Erfolg hat gezeigt, daß diese Maßregel nicht ausreichend war, um das Gleichgewicht zwischen der Steuer und der Exportbonifikation herzustellen; es ist seit dem Jahre 1882 ein weiterer Verfall der Reinertrage der Rübensteuer eingetreten. Die Regierung hat sich genöthigt gesehen, im vergangenen Jahre ein neues Gesetz vorzulegen, welches abermals die Exportbonifikation herabsetzte und zwar wieder in ungenügender Weise herabsetzte. Wir haben mit die Wochen und Monate lang darüber gehadert, sie ist fest stehen geblieben auf ihrem Standpunkte, und der Erfolg wird zeigen, daß das Mißverhältniß noch gegenwärtig nicht gehoben ist, und daß noch immer der Zustand fortdauert, in dem der Fabrikant dafür, daß er den Engländern billigen Zucker zu essen giebt, aus der deutschen Staatskasse eine Zulage erhält — das nennt man bei uns nationale Wirthschaftspolitik! Man hat geglaubt, damit im Interesse der Fabrikanten zu handeln, aber derartige künstliche Vortheile, die man einer Interessenklasse zuwendet, haben immer etwas zweischneidiges, der Erfolg davon ist der gewesen, daß sich viele Leute gefunden haben, die nun von diesem Reingewinn auch etwas profitiren wollten, die neue Zuckerfabriken anlegten, um dieser Exportprämie theilhaftig zu werden, und darüber ist eine Ueberproduktion von Zuckerfabriken und Zucker eingetreten, die auf das Geschäft im Inlande sehr lähmend eingewirkt und zugleich uns den Hoß des Auslandes darüber herbeigeführt hat, daß wir durch derartige Mittel die Produktion künstlich beeinflussen. Sie sehen es, m. H., wie scharf die Maßregeln der Regierung geprüft werden müssen, und ich glaube, ich darf das mit Genugthuung aussprechen, daß in keiner andern Partei wie in der unsrigen so viele Männer vorhanden sind, die diese Verhältnisse auf das Genaueste zu prüfen im Stande sind, die es studirt haben, die der Regierung jederzeit mit Gründen entgegentreten. Ich glaube, es liegt im allgemeinen Interesse des Landes, daß eine Partei, die sich nach dieser Seite hin verdient gemacht hat, gestärkt wird, und daß man sie in die Lage setzen muß, auch alle die Arbeiten vorzunehmen, welche erforderlich sind, um aus den statistischen Tabellen, aus den Akten sich das Material zu verschaffen, mit dem man der Regierung entgegentreten kann. Die Verhältnisse liegen bei uns so, daß durch rationellere Anordnung der Zuckerfabrikation, durch Herstellung eines reinen Verhältnisses zwischen der Steuer und der Exportprämie, eines Verhältnisses, bei dem der Fabrikant genau die Steuer, nicht mehr, aber auch nicht weniger, zurückvergütet erhält, die Einnahmen des Staates mit einem Schlage um vielleicht 10 Millionen werden gebessert werden können.

Nun, m. H., derselbe Fehler, welchen die Regierung in Beziehung auf die Zuckersteuer begangen hat, hat sie auch in Beziehung auf die Branntweinsteuer begangen. Die Verhältnisse liegen hier ganz ähnlich. Die Steuer auf Branntwein wird nicht bezahlt nach dem Liter des erzeugten reinen Spiritus, sondern sie wird bezahlt nach der Menge derjenigen Masse, aus der der Spiritus erzeugt wird. Auch hier ist es der Grundsatz, den man hat besolgen wollen, gewesen, so viel Exportbonifikation zu zahlen, als Steuer vorher gezahlt worden ist. Aber auch hier ist man schließlich dahin gekommen, daß die Exportbonifikation größer ist als die gezahlte Steuer, daß der Brenner, und zwar lediglich der Kartoffelbrenner — nicht derjenige Brenner, der aus Getreide, aus Früchten, aus Melasse Spiritus herstellt — durch eine solche Exportprämie begünstigt wird. Auch hier haben sich die Verhältnisse nun in der gleichen Weise entwickelt. Die Menge der Kartoffelbrennereien hat sich ungemein vermehrt; es ist mehr Spiritus zur Produktion gekommen als verbraucht werden kann. Wir sehen jetzt so, daß von sämmtlichem Spiritus, der nicht innerhalb der Grenzen desjenigen Landes verzehrt wird, in dem er erzeugt wird, sondern der von einer Landesgrenze über die andere geht, Deutschland mehr als zwei Drittel, vielleicht gar drei Viertel, erzeugt, und daß nur noch Rußland und Oesterreich etwas Spiritus für den Export bereiten. Schließlich hat aber diese große Vermehrung der Spiritusproduktion zu einem Druck auf den Spirituspreis geführt; die Kartoffelbrenner, die man hatte begünstigen wollen, klagen und verlangen nur vom Staate Abhülfe, und da ist man eben auf den Gedanken eines Branntweinmonopols gekommen.

Dieses Branntweinmonopol, wie es vorgeschlagen war, beruhte auf dem Gedanken: der Staat solle verpflichtet sein, allen Brennern ihren Rohspiritus abzukaufen und alle Brenner sollten verpflichtet sein, ihren Rohspiritus an den Staat zu verkaufen — der Staat zahlt ihnen aber für diesen Spiritus eine höhere Summe als die Produzenten auf dem Weltmarkte würden lösen können, er gebe ihnen also eine Belohnung dafür, daß sie den Kartoffelspiritus erzeugen! Es ist ein ganz wunderliches Ding; gewöhnlich klagt man den Kartoffelspiritus, den man dann Schnaps nennt, als Urheber aller Uebel an und denkt über Mittel nach, den Schnapskonsum zu vermindern, die Schnapsproduktion aber begünstigt man in jeder Weise.

Es hat sich bei uns im Laufe der letzten fünfzig bis sechzig Jahre auf dem Felde der Spirituspproduktion gar manches geändert. Vor vielleicht 60 Jahren konnte man den Kartoffelspiritus, den Fusel, kaum, daß man Branntwein, der gebrannt wurde, wurde der Regel nach aus Getreide hergestellt; wenigstens in Norddeutschland — es war das der gute norddhäuser Kornbranntwein, der westfälische Steinhäger — und in vielen Theilen Süddeutschlands stellte man ihn mit Vorliebe aus Früchten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870301027/fragment/page=0002

— Kirchen, Mannen, Mirabellen u. s. w. — hier er ist schmackhafter und nach der Behauptung der Aerzte gesünder als der Kartoffelbranntwein. Nun hat sich die Erzeugung von Kartoffelbranntwein unglaublich gehoben; es hat das sein Gutes, denn der Kartoffelspiritus hat den Vorzug, daß sich aus ihm der reinste Sprit herstellen läßt, und den brauchen die Reinländer, das südliche Krankreich, Spanien, Italien, die wir so um den besten damit versorgen können, — aber die Kartoffelspiritusproduktion hätte unterhalb der Schranken gehalten werden müssen, damit die Bedürfnisse des Konsums nicht überschritten wurden; hätte nicht dahin führen sollen, daß Millionen von Litern erzeugt werden, die sich dann herrenlos am Lager umhertreiben. Da hat nun die sich dann herrenlos am Lager umhertreiben. Da hat nun der v. Schola den Gedanken gehabt: der Staat kauft allen Spiritus an, bezahlt jedem Brenner, was derselbe produziert, und giebt sich dann Mühe, darüber nachzudenken, wie man den Spiritus auch zu Heiz- und Leuchtzwecken benutzen kann, damit er uns nicht ganz auf dem Halse bleibt. Das, meine Herren, ist ein unnatürliches Eingreifen in die Verhältnisse des Marktes; man soll denen, die zu viel Spiritus erzeugt haben, die Sorge dafür überlassen, wohin sie mit demselben gehen. — Nun ist das Spiritusmonopol gefordert worden nicht sowohl im ausschließlichen Interesse der Staatskasse, als vielmehr im Interesse der Brenner; diese sind nicht mehr imstande, die Käufer für ihre Produkte sich zu holen, sie sehnen sich nach dem Monopol, sie sehnen sich nach einem Staate, der verpflichtet ist, ihnen ihre Ware zu bezahlen, und zwar, wie der Herr Finanzminister sich ausdrückte, und wie sie sich selber auszudrücken belieben, „mit einem angemessenen Preise" zu bezahlen, d. h. mit dem Preise, den sie gern haben möchten, um ihre Hypothekenschulden zu bezahlen, die sie ihn und wieder im Uebermaße aufgenommen haben (Heiterkeit.)

Der ganze Kampf um die Spiritussteuer hat sich in folgender Weise gestaltet: Zunächst ist es die konservative Partei gewesen, die für das Monopol eingetreten ist, oder, wenn nicht direkt für das Monopol, so doch für eine Anordnung eingetreten ist, die den Staat verpflichtet, allen Schnaps zu kaufen, der ihm angeboten wird, und sich mit der Sorge zu belasten, wie er denselben weiter abletzt. Wir, die freisinnige Partei, haben in der Kommission erklärt, wir wären gar nicht abgeneigt, wenn uns wirklich ein Bedürfniß des Staates nachgewiesen würde, dieses Bedürfniß durch eine Steuer auf Spiritus zu decken; aber wir verlangen vor allen Dingen, daß diese Spiritussteuer nur erhoben wird, um die Bedürfnisse des Staates zu decken, nicht um die Verhältnisse des Brenners aufzubessern, nicht um die ärmeren Klassen zu belasten, damit die Brenner in eine bessere Lage kommen. Als wir das erklärt hatten, erklärte die konservative Partei, in der ja die meisten Kartoffelbrenner sitzen, eine solche Regelung sei ihnen vollkommen unannehmbar, was nützten neue Steuern, wenn sie nichts davon hätten. (Heiterkeit.) Das ist eben der Unterschied zwischen ihnen und uns, wenn neue Steuern auferlegt werden, müssen wir sie bezahlen, und jene Herren denken nur an das, was sie davon abbekommen. (Sehr richtig!)

So, m. H., ist die ganze Zuckerfrage, ist die Spiritusfrage in unerhörter Weise verfahren. Wir haben alles den Verlichern, diese Verhältnisse zu regeln ohne zu den Monopolen zu greifen, mit außerordentlichem Mißtrauen gegenüber, und wir meinen, wenn man noch neue Steuern auf diese Artikel legt, auf Zucker, auf Tabak, auf Spiritus, so werden diese Steuern so ausfallen, daß die Betheiligten Gott danken, wenn das Monopol doch eingeführt wird, und dem wollen wir uns entgegensetzen von Anfang an, vom ersten Augenblicke an. Wir wollen keine neue Steuer einführen, die das Monopol im Gefolge hat, weil das Monopol die ungeheure Abhängigkeit des Arbeiters vom Staate noch weiter vermehrt, weil sie viele Leute brotlos auf das Pflaster hinwirft. Und darum, m. H., weil wir gar nicht absehen können, womit die Regierung kommen wird, weil wir uns gar kein Bild machen können von den Vorlagen, die der Herr Finanzminister noch in seinem Portefeuille haben mag, haben wir uns entschlossen, einen selbständigen Entwurf auszuarbeiten und sind auf jenes Projekt einer Reichseinkommensteuer eingegangen, von dem ich am vorigen Sonntag zu Ihnen gesprochen habe. Ich bin aber überzeugt, es stehen uns, wenn nur erst die Militärfrage zum Schweigen gebracht ist, wenn das Septennat angenommen ist, eine solche Menge von Ueberraschungen auf dem Gebiete der Steuerpolitik bevor, daß dann ein Umschlag in der öffentlichen Meinung, die sich allerdings zu unsern Ungunsten geltend gemacht hat, sehr schnell eintreten wird, und daß man dann auch in den Kreisen, die uns jetzt nicht freundlich gegenüberstehen, sehr zufrieden sein wird, wenn wenigstens eine Anzahl von Freisinnigen im Reichstag vorhanden ist, die imstande sind, allen diesen Verhältnissen mit unerbittlicher Klarheit und Schärfe zu Leibe zu gehen (Bravo!) und sollte es mir durch Ihren fortgesetzten Eifer möglich sein in den Reichstag zu kommen, so verspreche ich Ihnen, daß meine Thätigkeit ganz vorzugsweise sich der Prüfung dieser Frage zuwenden wird, wie ich das für meine ganze Fraktion übernehmen kann. (Bravo!)

Nun, m. H., lassen Sie mich noch mit einem einzigen Worte auf jenes Flugblatt eingehen, das am vorigen Sonntag gegen mich verbreitet wurde, während ich hier mit Hrn. Prof. Conrad, wie ich glaube, in der unter Gentlemen üblichen Weise mich unterhalten habe. Man hat gesagt, wer Meyer wählt, wählt einen Ultramontanen. Ich weiß nicht, ob das irgendwo Anklang gefunden hat, und ich nehme Veranlassung, darüber zu erklären, daß ich als protestantischer Christ geboren und erzogen bin, und daß ich hoffe, in der Religion, in der ich groß geworden bin, selig zu sterben. Aber, m. H., meine protestantische Ueberzeugung hat mich niemals zu der Annahme gebracht, daß ein guter Protestant dem Papste gehorsam sein müsse (Bravo!), das weiß ich nur nicht zusammenzureimen. Gerade diese Einmischung des Papstes in unsere inneren Verhältnisse beklage ich als ein sehr bedenkliches Zeichen der Zeit (Sehr richtig!) und ich halte es nicht für eine glückliche Fügung unserer Politik, wenn jetzt den Katholiken gesagt wird: Seht, das will der Papst, dem Papste müßt ihr gehorchen. Ich denke, m. H., wir bleiben bei der Ansicht, daß wir die religiöse Ueberzeugung und den Gehorsam gegen die Gesetze unserer Religion von Steuerfragen ganz entschieden trennen. (Bravo!) Aus den Lehren des Christenthums, es sei welche Konfession es sein wolle, wird niemand den Beweis herleiten, weder, welche Steuern die angemessensten für den Staat sind, noch, wie lange die Militärdienstpflicht dauern soll (Bravo!) und diese Verhältnisse ineinander zu mischen, ist ein Zeichen von ungesunden politischen Zuständen, gegen welche wir ankämpfen müssen.

M. H.: Ich stehe nunmehr seit 3 Wochen im Feuer, und es ist mir nicht mehr möglich, mit der Ausführlichkeit zu sprechen, mit der ich es seit langer Zeit gethan habe. Ich habe Ihnen die Hauptsachen von dem, was ich noch auf dem Herzen hatte, dargelegt, und ich werde Ihnen Allen dankbar sein, wenn Sie es mir möglich machen wollen, den politischen Kampf in dem Sinne fortzusetzen, in dem ich ihn, so lange ich die Ehre gehabt habe, Halle zu vertreten, geführt habe. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

In der hierauf folgenden Besprechung nahm zunächst Hr. Sexnan das Wort und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es der freisinnigen Partei trotz der ungeheuren Anstrengungen, die die reaktionären Mischmaschparteien gemacht, gelungen sei, ihren Kandidaten in die Stichwahl zu bringen; es gelte jetzt, nochmals alle Kräfte anzustrengen, um den alten liberalen Wahlkreis der guten Sache zu erhalten, um die freiheitlichen Errungenschaften wirksam zu vertheidigen. Der Kandidat der Gegenparteien, Hr. Oberbergrath Taeglichsbeck und alle diejenigen, die so warm für seine Wahl eintreten, seien nicht gewillt und imstande, uns diese freiheitlichen Errungenschaften gegen alle Angriffe zu erhalten. Die freisinnige Partei dagegen kämpfe für die garantirten Rechte des Volkes, für die Rechte des Reichstages; aber freilich, für eine solche Vertheidigung gebe es bei uns keinen Lohn, es gebe dafür nur Verdächtigungen und Verleumdungen der schlimmsten Art. Wenn den Vertretern der freisinnigen Partei an einem andern Lohne gelegen wäre als an der Achtung und Liebe der freien deutschen Bürger, dann müßten sie nicht gegen, sondern für die Regierung stimmen, dann müßten sie die Rechte des Volkes nicht vertheidigen, sondern preisgeben. M. H., wer nicht glaubt, daß ein Volk durch Ausnahmegesetze beglückt wird, wer nicht glaubt, daß das Blühen von Handel und Gewerbe durch Monopole, durch Zwangsanleihen und andere Zwangsmaßregeln zu erreichen ist, wer nicht will, daß ein Scheerthum der ärgsten Reaktion noch mehr emporkommen soll, wer meint, in den Reichstag gehöre ein freier unabhängiger Mann, der es nicht nöthig hat, auf die Regierung Rücksicht zu nehmen, sondern nur das Wohl der Allgemeinheit im Auge behält, der trete am 2. März an und gebe seine Stimme unserm altbewährten Vertreter Hrn. Dr Alexander Meyer! (Beifall).

Hierauf erhielt das Wort Hr. Hoffmann-Halle.

Ich erlaube mir, an Hrn. Dr Alexander Meyer offen und ehrlich folgende Fragen zu richten und bitte um Beantwortung derselben: Wie stellt sich Hr. Meyer zur Verlängerung des Sozialistengesetzes? Würde derselbe bei Stellung eines Antrages auf Aufhebung desselben für den Antrag stimmen? Werden Sie jeden Angriff auf das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht abschlagen, d. h. sich entschieden für die Beibehaltung desselben aussprechen? Werden Sie auch einen Angriff abschlagen, der effektiv dahin gerichtet ist, die Wahlberechtigung vom 25. Lebensjahre auf das 30. hinaufzuschrauben, wie bereits jetzt aus den Reihen der Nationalliberalen vorgeschlagen wird?

Dr Alexander Meyer. M. H. Was zunächst das Wahlrecht anbetrifft, so glaube ich in allen Versammlungen, in denen ich bisher hier in der Stadt und im Kreise gesprochen habe, so unumwunden wie möglich erklärt zu haben, daß ich in einem Angriff auf das bestehende Wahlrecht die höchste Gefahr sehe, der wir überhaupt entgegengehen; ich habe betont, ich will das allgemeine, direkte, gleiche, geheime Wahlrecht unter allen Umständen gewahrt wissen (Bravo!) und wenn man gegenwärtig in den letzten Tagen der Vorschlag aufgetaucht ist, die Wahlberechtigung vom 25. auf das 30. Lebensjahr zu erhöhen, so ist mir bereits gleichfalls vollkommen unannehmbar als der erste Schritt auf einer durchaus abschüssigen Bahn. Ein Mann vom 25 Jahren ist mündig, er hat seiner Militärpflicht genügt, er wird in der Regel imstande sein, sich selber sein Brot zu erwerben, in vielen Fällen es auch für seine Familie zu erwerben, und ich halte das 25. Jahr als Altersgrenze für durchaus hinreichend. Ich erkläre nochmals auf das bestimmteste, daß ich jeder Aenderung des Wahlrechts, habe sie einen Namen wie sie wolle, und würden noch andere Modalitäten ausgedacht, ebenso entschieden entgegentreten werde, falls ich in den Reichstag komme. Was die Verlängerung des Sozialistengesetzes anbetrifft, so habe ich das letzte mal bereits dagegen gestimmt, weil ich mich überzeugt habe, daß dieses Gesetz nach allen Seiten hin nur schädlich wirkt, nach keiner Seite hin Nutzen schafft, die Erwartungen nicht erfüllt hat, welche die Regierung daran knüpfte, und nur dazu dient, den Samen gegenseitiger Gehässigkeit aufsprießen zu lassen. (Sehr wahr!) Im Verlaufe der 3 Jahre wird das Sozialistengesetz wiederkommen, ich werde alsdann mit derselben Entschiedenheit dagegen stimmen wie jetzt, und wenn in der Zwischenzeit ein Antrag auf Aufhebung desselben gestellt werden sollte, so verspreche ich mir zwar nicht den geringsten Nutzen von einem solchen Antrage, würde aber doch, um meiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, dafür stimmen. (Beifall.)

Hr. Hoffmann: M. H., ich glaube, nun im Namen meiner Gesinnungsgenossen von Halle und dem Saalkreise erklären zu können, daß wir alle am 2. März voll und ganz für Hrn. Dr Alexander Meyer eintreten werden. (Bravo!) M. H., rufen Sie mich Bravo! morgen schon beschuldigt man Sie, Sie gingen mit den Vaterlandsverräthern Arm in Arm (Heiterkeit), morgen wirft man Ihnen das sozialdemokratische Bündniß vor, morgen sagt man Ihnen, Sie hingen von unserer Gnade ab. Und wahrhaftig, m. H., wenn es darauf ankäme, daß wir Gnade auszutheilen hätten, die freisinnige Partei würde nicht eine Idee davon bekommen. Ja, m. H., offen und ehrlich, das ist stets unsere Meinung gewesen. Wir bekämpfen die freisinnige Partei und ihr wirthschaftliches Programm nach wie vor und eine Kluft ist zwischen uns, die sich schwerlich wird überbrücken lassen. Aber jetzt in der Zeit, wo es darauf ankommt, die Wogen der Reaktion durch Dämme zurückzudrängen, kommt es uns vor allen Dingen auf die politischen Fragen an. M. H., der Arbeiter ist stets imstande, wenn er das Brot verloren und die politische Freiheit behalten hat, sich das Brot wieder zu schaffen mittels der politischen Freiheit, aber der Arbeiter wird nie wieder seine politische Freiheit erringen können, selbst wenn man ihm das nothdürftige Brot läßt. Also vor allen Dingen heißt es bei uns die politische Freiheit hochhalten, und da sehen wir in Herrn Dr Alexander Meyer weit mehr den Mann, der für sie eintreten wird, als in Hrn. Taeglichsbeck. — Redner wendet sich nun gegen den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie mit ausländischem Gelde operirt und giebt den Anklägern den Vorwurf zurück durch die Gegenklage, daß sie ausländische Agitatoren, den Papst z. B., benutzten. Das sei noch viel schlimmer. Ferner erzählt Redner einige recht drastische Beispiele von Wahlbeeinflussung.

Da sich niemand weiter zum Wort meldete, so schloß Hr. K. Meyer die Besprechung mit einem Schlußwort, indem er nochmals aufforderte daß am Mittwoch jeder in seinem Kreise und in seiner Nachbarschaft dafür sorge, daß auch jede liberale Stimme für Dr Alexander Meyer abgegeben werde.

Darauf erhielt nochmals das Wort Herr Hoffmann zu einer kurzen Bemerkung. Derselbe machte sehr zutreffend darauf aufmerksam, daß man, wenn den hiesigen Liberalen der Vorwurf gemacht werden solle, ein Bündniß mit den Sozialdemokraten geschlossen zu haben, auf den bekannten Fall Francke in Naßburg hinweisen möge, wo es die Konservativen und Nationalliberalen versucht hatten, die Stimmen der Sozialdemokraten für schnödes Geld zu kaufen. Die Sozialdemokraten ließen sich aber nicht kaufen und sie traten hier in Halle aus freien Stücken für den freisinnigen Kandidaten ein.

Mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser schloß der Hr. Vorsitzende kurz nach 5 Uhr die Versammlung.

Astronomische Erscheinungen im März 1887.

[Nachdruck nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Die Sonne tritt am 20. in das Zeichen des Widders, sie durchschreitet in ihrer scheinbaren Bahn aufwärts gehend den Himmelsäquator und es ist nach der gewöhnlichen Kalenderbezeichnung Frühlings-Anfang. Von diesem Zeitpunkte an, der sog. Tag- und Nachtgleiche, nehmen die Tage bis zum 21. Juni stetig an Länge zu. Die ersten Spuren der Morgendämmerung erscheinen Mitte März am Ostthimmel früh 4½ Uhr, der letzte Lichtschein am Westhorizonte erlischt abends gegen 8 Uhr.

Der Mond zeigt sich uns im ersten Viertel am 3. früh 1 Uhr 56 Min., als Vollmond am 9. abends 9 Uhr 20 Min., im letzten Viertel den 16. nachmittags 2 Uhr 30 Min., der Neumond tritt ein den 24. nachmittags 4 Uhr 58 Min. In Erdnähe befindet sich der Mond am 10. früh 1 Uhr (Abstand 48,080 Meilen), in Erdferne den 23. abends 8 Uhr (Abstand 54,780 Meilen).

Merkur ist am 5. nachmittags in größter östlicher Ausweichung von der Sonne und er nimmt um diese Zeit für uns am Westhimmel eine so günstige Stellung ein, daß er mit bloßen Augen fast eine Stunde lang gesehen werden kann. Sein Untergang erfolgt den 1. abends um 7 Uhr 18 Min., am 8. um 7 Uhr 35 Min., am 15. um 7 Uhr 17 Min., von da an eilt er wieder rasch nach der Sonne hin, welche er am 22. früh um 3 Uhr erreicht. (untere Zusammenkunft mit der Sonne) und erscheint nun früh am Ostthimmel, kann jedoch diesen Monat nicht mehr gesehen werden.

Venus bleibt als Abendstern immer längere Zeit über unserm Gesichtskreise und ist bereits in der Dämmerung am Westhimmel aufzufinden. Sie geht Anfang März 2 Stunden, zu Ende 2½ Stunden nach der Sonne unter; von der Erde hat sie gegenwärtig noch eine beträchtliche Entfernung (30 Mill. Meilen) und ihre Scheibe zeigt sich im Fernrohr als fast ganz beleuchtet.

Mars, abends noch kurze Zeit am Westhimmel, entzieht sich der Sichtbarkeit und steht in der Abenddämmerung. Entfernung von der Erde 17⅔ Mill. Meilen.

Jupiter hat rückläufige Bewegung im Sternbilde der Jungfrau und ist Ende März, wo er abends gegen ½9 Uhr aufgeht und seinen höchsten Stand am Südhimmel früh nach ½2 Uhr erreicht, fast die ganze Nacht über unserm Gesichtskreise. Da er zu dieser Zeit als der hellste Stern am Firmament erscheint, ist er mit Leichtigkeit aufzufinden und sogar eine Zeitlang während der Morgendämmerung am Südwestthimmel zu beobachten. Von der Erde ist Jupiter 93 Mill. Meilen entfernt.

Saturn, rückläufig im Sternbilde der Zwillinge, ist zu der Zeit, wo nach Sonnenuntergang die Sterne 1. Größe anfangen sichtbar zu werden, schon hoch am Südhimmel, wo er seinen höchsten Stand den Monat über abends zwischen ½9 und ½1 Uhr einnimmt; seine Untergangszeiten fallen zwischen ¾5 und ½3 Uhr früh. Saturn hat die Helligkeit eines Sternes 1. Größe und ist die Spitze eines aus den Planeten, den Sternen Procyon im kleinen Hund und Beteigeuze (roth) im Orion gebildeten Dreiecks, über welchem die beiden hellsten Sterne in den Zwillingen, Kastor und Pollux stehen. Die Entfernung des Saturn von der Erde beträgt 173 Mill. Meilen.

Uranus, in rückläufiger Bewegung im Sternbilde der Jungfrau, steht am 31. nachmittags 1 Uhr im Gegenschein mit der Sonne und ist die ganze Nacht zu beobachten, da er bald nach dem Untergange der Sonne am östlichen Horizonte erscheint. Er steht für das bloße Auge an der Grenze der Sichtbarkeit (Helligkeit gleich der eines Sternes 6. Größe) und sein Ort unter den Sternen ist am 15. in 190½ Grad gerader Aufsteigung und 8⅔ Grad südlicher Abweichung vom Aequator. Entfernung von der Erde 348½ Mill. Meilen.

Am 2. März wird der hellste Stern im Stier (Aldebaran, α) vom Monde bedeckt. Der Eintritt erfolgt nahe am nördlichsten Punkte der Mondscheibe abends 6 Uhr 50 Min., der Austritt um 7 Uhr 15 Min., sodaß die Dauer der Verweilung des Sternes hinter dem Monde nur 25 Min. beträgt. Die Erscheinung ist schon in Fernröhren von mäßiger Größe zu beobachten.

Sternwarte Leipzig. H. Leppig.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Der Kaiser hat eine kleine Bronze-Copie des Denkmals von Großen Kurfürsten von der Gladenbeck'schen Gießerei zum Preise von 4000 M. angekauft. Das vorzüglich ausgeführte Kunstwerk ist als Geschenk für den König von Siam bestimmt. Eine zweite Copie desselben Denkmals ist jüngst an den Gouverneur von Kamerun abgegangen.

— Der bekannte Sozialpolitiker Regierungsrath Dr Arthur v. Studnitz zu Dresden hat von der sächsischen Regierung zum Zwecke größerer Reisen einen dreijährigen Urlaub erhalten und sich zunächst nach Tunis begeben.

+ London, 26. Febr. Die „Times" hat ein vom 24. Febr. datirtes Telegramm von Stanley aus Sansibar erhalten, worin er die Annexion der Tungi-Bai und Kaps Delgado und die Beschlagnahme des dem Sultan von Sansibar gehörigen Dampfers „Kelwa" durch die Portugiesen meldet. Der Sultan habe sich telegraphisch an die britische Regierung um Schutz gewandt, bis jetzt sei letztere jedoch nicht eingeschritten. — Ein anderes, gleichfalls von Sansibar, 24. Febr., datirtes Telegramm Stanley's lautet: „Ich bin den ganzen Tag mit der Einschiffung der Expedition an Bord der „Madura" beschäftigt gewesen. Sie besteht, wenn wir von hier abreisen, aus 9 europäischen Offizieren, 61 Sudanesen, 13 Somalis, 3 Dolmetschern, 620 Sansibaren, den berühmten Tippu Tip und 40 seiner Leute. Kuriere mit Briefen haben die Reise über Land nach Uganda angetreten und andere nach Stanley Falls. Tippu Tib's Mannschaft wird von Kasongo und dem Tanganyika-See nach Stanley Falls aufbrechen, um die Häuptlinge zu sprechen. Wenn es zu rechter Zeit geschehen kann, so werden die Araber mit mir nach dem Albert-See marschiren, die Vorhut aber wird nach Wadelai zu rücken am dritten Tage, nachdem sie bei den Stanley Falls ausgeschifft worden ist, und zwar unbekümmert um alle übrigen Anordnungen. Der Zweck der Konzentration einer großen Abtheilung ist natürlich der Transport von Elfenbein vom Albert-See, um die Ausgaben zu bestreiten."

nk. In Leipzig fand im 18. Gewandhauskonzert (24. Febr.) das neue große Chorwerk von Bruch „Achilleus" dieselbe glänzende Aufnahme, welche es gelegentlich einer berliner Aufführung am 18. Febr. durch den Stern'schen Gesangverein fand. Beide Male sammelte der Komponist in eigener Person als Dirigent der Aufführungen die Lorbeeren ein. Bruch ist der Komponist des Wohlklanges, welcher auf Kosten der dramatischen Vertiefung oft als zu gefucht in den Vordergrund tritt, indem er zum Selbstzweck wird. Die vielen großen Schönheiten in den mehr lyrischen Partien des Textes, den Hr. Bulthaupt sehr geschickt nach der Iliade verfertigte, begründeten die überaus warme Aufnahme in Leipzig und Berlin. Sehr lau war dagegen die Aufnahme der Oper „Heinrich VIII." in Frankfurt a. M., gelegentlich der ersten Aufführung in deutscher Sprache auf deutschem Boden. Der Lorbeer des Dramatikers ist dem geistreichen wagnerscheidlichen Franzosen nun einmal versagt. Die dramatische Kraft fehlt überall und die nur äußerlich angewandten Leitmotive werden zu „Leidmotiven", wie witzig ein Kritiker bemerkt. Mit größter Spannung wird der ersten dresdner Aufführung der neuen Oper von Goldmark „Merlin" entgegengesehen, welche am 15. März stattfinden soll. Die Vorbereitungen sind die umfassendsten und glänzendsten, alle berühmten Künstler der Dresdner Bühne mit Rollen betraut. — Von der neuen Oper von Verdi „Othello" hört man, daß sie entgegen früheren Bestimmungen auch in Wien und Brüssel aufgeführt werden soll. Auch die Behauptung, daß Verdi in seinem „Othello" der Welt sein musikalisches Vermächtniß habe überreichen wollen, erweist sich als Fabel; Verdi ist schon jetzt mit der Komposition eines neuen Opernstoffes „König Lear" von Boizo beschäftigt.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen aus der Provinz ꝛc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

⊗ Eisleben, 27. Febr. Da durch die sechs bezw. sieben Vorstellungen des Lutherfestspiels dem Sehensdrang des Publikums nicht hinreichend hat genügt werden können, hat es der Aufschub ermöglicht, für nächsten Sonnabend, den 5. März, von 6—8 Uhr noch eine Schutzvorstellung zu veranstalten, zu welcher vielleicht auch der Dichter, Dr H. Herrig, anwesend sein wird. — In der Freitagsnacht wurden einem Uhrmacher in der belebten Sangerhauserstraße hier noch Zertrümmerung des Schaufensters 9 silberne Remontoiruhren gestohlen.

□ Frankenhausen, 27. Febr. In erfreulicher Rüstigkeit feierte am 25. d. Hr. Schultheiß John in Rottleben das 25jährige Jubiläum als Schultheiß. Hr. Landrath Klipich überreichte im Auftrage des Fürsten dem Jubilar die silberne Medaille für Treue und Verdienste, während die Gemeinde Rottleben ihm als Zeichen der Anerkennung ein werthvolles Geschenk darbrachte. Des weiteren wurde der Jubilar durch Ständchen und Fackelzug geehrt.

± Nordhausen, 26. Febr. Dem gestern hier niedergegangenen warmen Frühlingsregen ist heute starker Westwind gefolgt. Da Staare und Drosseln bereits angekommen sind, scheint der Eintritt des Frühlings nahe bevorstehend. — Die Diphtheritis ist unter den Kindern zu Hüpstedt so stark aufgetreten, daß die Schule geschlossen werden mußte. — Mehrere Eingesessene des Kreises Worbis, die im vorigen Jahre Hagel- und Wasserschäden erlitten, haben jetzt von der königl. Regierung zu Erfurt Unterstützungen in Höhe von 2450 M. erhalten. — Der frühere Mengeriebesitzer und jetzige Rentner Kallenberg in Sundhausen bei Gotha war im Besitz eines weißen Rabens,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870301027/fragment/page=0003

der vor einem Jahre bei Langensalza gefangen ist. Er hat den seltenen Vogel jetzt dem Herzog von Koburg-Gotha verehrt.

⚒ **Bad Schmiedeberg**, 24. Febr. In der diesswöchentlichen Versammlung des Gewerbevereins waren wieder verschiedene Modelle und Beschreibungen neuer patentirter Gegenstände auf dem Gebiete der Hausindustrie durch das Patentbureau von Sack-Leipzig ausgestellt. Dieselben betreffen u. a. eine Gesundheitstabakspfeife, einen Gardinenhalter, sehr sinnreich gestellte Straßenschlittschuhe 2c. Im Prinzipe mit den Skatings übereinstimmend, bewegen sich diese Rollschuhe auf 2 mit Gummiringen überzogenen Rädern, für deren möglichst stoßfreien Lagerung Gummipuffer mit Spiralfederspannung angebracht sind, welche entsprechend dem Gewichte des Läufers eingestellt werden müssen. Man rühmt von diesen Schlittschuhen, daß geübte Läufer innerhalb 20—25 Minuten die Wegestrecke von einer deutschen Meile durchlaufen können.

— Dem Rektor des Real-Progymnasiums zu Eilenburg, Dr Anton Wiemann ist das Prädikat Professor beigelegt.

— a. **Jena**, 26. Febr. Soeben wird bekannt, daß der frühere Präsident Freiherr v. Hadenberg, u. a. langjähriger Vorsitzender des Thüringer Fischerei-Vereins in München, verstorben ist. Derselbe hatte sich nach dort begeben, um mit seiner Familie eines Brustleidens halber nach Italien zu reisen. — Die Beisetzung erfolgt auf der Besitzung des Verstorbenen, Rittergut Schlöben bei Roda. — Am Donnerstag war der Damenabend im Mittdeutschen Verein im Saale des Hotel zur Sonne stark besucht und fanden Vorlesungen aus Reuter's Werken großen Anklang. Die Pausen zwischen Großmadding, hei is dod! — Nu het he sich verpuppt — Bräsig in der Wasserkunst und ein Brief vom Inspektor Bräsig an Hauser — wurden durch Musikaufführungen Klavier, Violine und Gesang, ausgefüllt! — Die Geographische Gesellschaft hielt am Freitag ihre letzte Sitzung in diesem Semester. U. a. sprach Hr. Dr Pechuel-Loesche „Ueber das tropische Afrika und seine Zukunft!" Eine Sammlung von Aquarell-Ansichten, Industrie- und Naturprodukten aus Afrika war im Nebensaale ausgestellt. Nach dem Vortrage wurde noch beschlossen, dem jetzt in Trient weilenden Hrn. Prof. Dr Häckel einen Gruß der Gesellschaft nachzusenden.

⚒ **Leopoldshall**, 27. Febr. Ein tief zu beklagender Unglücksfall hat sich heute nachmittag in der neuen herzoglichen Schachtanlage bei Rathmannsdorf zugetragen. Es fanden daselbst 4 Bergarbeiter durch ausströmende Schwefelwasserstoffgase ihren Tod. Der erste der Verunglückten fiel in das Bohrloch hinab und ist wahrscheinlich sofort todt gewesen. Ein Aufseher und 2 Bergleute stiegen zu seiner Rettung hinab und fanden hierbei durch das giftige Gas gleichfalls ihren Tod. Selbst oben an der Oeffnung des Bohrloches war die Wirkung des ausströmenden Gases so stark, daß mehrere Arbeiter betäubt wurden und man sich längere Zeit nicht dem Schachte nähern konnte. Die Leichen waren bis 6 Uhr sämmtlich zutage gebracht. Von den Verunglückten waren 3 verheirathet, der erste, Schüchmann aus Rathmannsdorf, hinterläßt seine Frau mit 6 Kindern; die Frau befindet sich mit Zwillingen im Wochenbett.

— Unweit Köthen ließ sich am Donnerstag ein in den 30er Jahren stehender verheiratheter Maurer von dort von einem Zuge überfahren. Die Absicht des Unglücklichen wurde erreicht; der Mann war auf der Stelle todt.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

— Deutsche Reichsbank. In der am Sonnabend stattgehabten Sitzung des Centralausschusses erstattete Hr. Präsident v. Dechend den Jahresbericht, in welchem er betonte, daß das Ergebniß der Bank durch den niedrigen Zinsfuß im letzten Jahre ungünstig beeinflußt wurde. Die Dividende für 1886, welche dem Reichskanzler zur Genehmigung vorgeschlagen werden soll, wurde, wie bereits durch Privattelegramm gemeldet, auf 5,29 Proz. festgesetzt. Alsdann erledigte der Ausschuß noch mehrere Anträge wegen Beleihung von Stadtobligationen. Unter die Zahl der lombardfähigen Papiere wurden die Anleihen der Stadt Halle (S.), Hagen i/W., München, Regensburg und Mannheim aufgenommen.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	25. Febr.		26. Febr.	
Granulated	—.—	M.	—.—	M.
Krystallzucker I.	—	„	—	„
Krystallzucker II.	—.—	„	—.—	„
Kornzucker 96%	19.50—19.80	„	19.50—19.70	„
Kornz. Rend. 88%	18.50—18.70	„	18.50—18.80	„
do. Rend. 75°	14.80—16.20	„	14.80—16.10	„

Tendenz am 26. Febr.: Flau.

	25. Febr.		26. Febr.	
ffein Brodraffinade	25.50	M.	25.50	M.
fein Brodraffinade	25.25—	„	25.25—	„
Gem. Raffinade	—24.75	„	23.75—24.00	„
Gem. Melis I.	23.00—23.25	„	23.00—23.25	„

Tendenz am 26. Febr.: Sehr still.

Magdeburger Börse vom 26. Febr.

Rohzucker I. Produkt:

Transito f. a. B. Hamburg.

Febr. 10,35—37½—35 bez., 10.32½ G., 10.37½ Br.
März —.— bez., —.— G., —.— Br.
April 10.60 bez., 10.60 Br., 10.55 G.
April-Mai —.— bez., 10.70 Br., 10.65 G.
Mai 10.70 bez., 10.70 G., —.— Br.
Juni-Juli 10.85 bez., 10.92½ Br., 10.85 G.
Okt.-Dez. —.— bez.
Tendenz: Unentschieden.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* **Paris**, 26. Febr. (Telegr.) Rohzucker 88° ruhig, loco 27.75 à 28. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 kg. pr. Febr. 28.10, per März 28.25, pr. März-Juni 28.60, per Mai-Aug. 33.10.

* **London**, 26. Febr. (Telegr.) 96% Javazucker 13 matt, Rübenrohzucker 10½ ruhig, Centrifugal Cuba —.

* **Antwerpen**, 25. Febr. Rübenzucker. Sofort 26.25 Frcs., Febr. 26.50 bis — Frcs., Mai-Juli 26.75 Frcs., Okt.-Dez. 26.25 Frcs.

* **New-York**, 26. Febr. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovadoes) 4½.

Kaffee.

* **Hamburg**, 26. Febr. Kaffee matt, Umsatz — Sack.

* **Havre**, 26. Febr. Vorm. 8 Uhr 30 M. (Telegramm von Pelmann, Ziegler & Comp.) Kaffee. New-York schließt mit 25 Points Baisse. Rio 6000 B., Santos 7000 B. Recettes für gestern.

* **Havre**, 26. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Pelmann, Ziegler & Comp.) Kaffee Good average Santos per Febr. —.—, per März 75.25, per April 75.50, per Mai 75.75, per Juni 76,00, per Juli 76.25, per Aug. 76.50, per Sept. 76.75. Fest.

* **Havre**, 27. Febr. Vorm. 8 Uhr 30 M. (Telegramm von Pelmann, Ziegler & Comp.) Kaffee. New-York schließt mit 10 Points Hausse. Rio 9000 B., Santos 6000 B. Recettes für gestern.

* **New-York**, 26. Febr. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 14.

Petroleum.

* **Berlin**, 26. Febr. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. — Termine geschäftslos. Gekündigt —.— Ctr. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco per diesen Monat —.— per Febr.-März —.—, per März-April —.— per April-Mai —.—, per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-Aug. —.—.

* **Stettin**, 26. Febr. Loco 11,40.

* **Bremen**, 26. Febr. [Schlußbericht.] Standard white loco 6,00 Br. Ruhig.

Spiritus.

* **Berlin**, 26. Febr. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 l%, Term. fest und höher. Gef. —.— l. Kündigungspr. —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco mit Faß — bez., ohne Faß 37.1 bez., per diesen Mon. 37.8 bis 37.9 bis 36.5, per Febr.-März 37.5 bis 37.9 bis 36.5 bez., per März-April —, per April-Mai 38.7—38.5—38.9, Mai-Juni 38.8—38.6—39.0 bez., per Juni-Juli 39.7—39.6—39.9 bez., per Juli-Aug. 40.3—41,0 bez., per Aug.-Sept. 40.8—40.6 bez., per Sept.-Okt. 41.3—41.5 bez. — Spiritus per 100 l à 100% = 10,000% loco ohne Faß 37.7 bez.

* **Magdeburg**, 26. Febr. (Hermann Walther.) (Wochenbericht.) In der verflossenen Woche haben wir im Spiritushandel von einem nicht unbedeutenden Preisaufschwung zu berichten, welcher in der Hauptsache auf den regierungsfreundlichen Ausfall der Wahlen zurückzuführen sein dürfte. Man nimmt allgemein an, daß dem neuen Reichstage sehr bald ein Vorschlag zur höheren Besteuerung zugehen wird, wodurch vielfach Deckungen veranlaßt wurden. Ob eine Steuer den Artikel dauernd günstig beeinflussen würde, ist eine Frage, welche sich erst bei der praktischen Durchführung entscheiden dürfte; jedenfalls hat die Spekulation in der Erwartung der Spiritusbesteuerung einen Bewegungsgrund erblickt, um sich dem Artikel einmal wieder zuzuwenden. Die letzten Börsen waren übrigens schon wieder matter und dürfte die an einigen Tagen beobachtete Erregung ziemlich vorüber sein. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß nach den veröffentlichten Steuerzahlen der Verbleib von Waare im Inlande trotz der schwächeren Ausfuhr bereits bis Ende Januar um 20 Millionen Liter geringer war, als im verflossenen Jahre. Kartoffelspiritus, dafselend ohne Faß, wurde amtlich von 37.10—38.30 M. notirt; vom Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde war wenig verfügbare Waare vorhanden.

Zur Wahl.

Wir erhalten soeben die Nachricht, daß die Reaktionsparteien durch Vertheilung von Flugblättern im ganzen Saalkreise heute nochmals einen letzten Versuch machen, das Volk irrezuführen.

Wir hoffen zuversichtlich, daß dies letzte Mittel so wenig wie die früheren Einschüchterungen und Beeinflussungen verfangen wird.

In Nachstehendem führen wir nochmals aus,

Was die Liberale Partei will und was sie nicht will.

Die Liberale Partei

will **Festigung der nationalen Einigung** Deutschlands, dazu in gesichertem Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung Entwickelung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens, gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums;

sie will nicht, daß die Rechte der Volksvertretung, insbesondere die einjährige Finanzperiode, die jährliche Einnahmebewilligung, die Redefreiheit, angetastet werden.

Die Liberale Partei

will ingleichen **Wahrung der Rechte des Volkes**, Sicherung der Wahlfreiheit, insbesondere auch durch Bewilligung von Diäten, volle Gewissens- und Religionsfreiheit unter gleichem Rechte für alle Bekenntnisse; gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und den Religionsgesellschaften;

sie will aber nicht, daß das geheime, allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht, Preß-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz — und zwar ohne Ansehen der Person und der Partei — irgend welche Einschränkung erleiden.

Die Liberale Partei

will **Förderung der Volkswohlfahrt** innerhalb und auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung; sie will eintreten für alle auf Hebung der arbeitenden Klassen zielenden Bestrebungen, denselben aber zugleich ihre Gleichberechtigung, ihre Selbstthätigkeit, ihr freies Vereinigungswesen voll und ganz wahren;

sie will daher keinen Staatssozialismus, keine Bevormundung auf dem Gebiete des Erwerbs- und Verkehrslebens, keine Maßregeln, welche Gewerbefreiheit und Freizügigkeit wiederum in Fesseln schlagen.

Die Liberale Partei

will **im Steuersystem Gerechtigkeit** und Schonung der Volkskraft, insbesondere zu Gunsten der weniger bemittelten Klassen, Entlastung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse; im Eisenbahnwesen dringt sie auf Gesetzgebung und wirksame Aufsicht des Reiches, in der Handelspolitik auf Pflege und Schutz der überseeischen Beziehungen;

sie will aber keine Zoll- und Wirthschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen, vor allem will sie keine Monopole, auch keine auf Unterstützungen aus der Reichskasse und aus den Taschen der deutschen Steuerzahler sich gründende Kolonialpolitik nach französischem Muster.

Die Liberale Partei

will **endlich Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes**, volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen, Feststellung der Friedenspräsenzstärke von drei zu drei Jahren;

doch will sie keinen unnützen Aufwand im Militärwesen, keine besondere Militärgerichtsbarkeit, überhaupt keine Maßregeln, welche eine größere Abschließung des „Volkes in Waffen" vom Gesammtvolke bezwecken.

Alles dies erstrebt die Liberale Partei

in fester Treue gegen den Kaiser und auf dem verfassungsmäßigen Boden des Bundesstaates.

Wer das mit ihr will, der wähle auch am nächsten Mittwoch, dem Tage der Stichwahl, fest und treu und keiner fehle, unseren bisherigen liberalen Vertreter

Herrn Dr. Alexander Meyer.

Halle, 28. Febr. 1887. **Das liberale Wahl-Komitee.**
C. Meyer.

176. Königl. Preuss. Classen-Lotterie
Ziehung 1. Classe 4. u. 5. April 1887.
Es kosten **incl. sämmtl. Spesen** für Gewinnlisten, Anzeigen und Portis: **Original-Loose** (Depot) für die erste Classe ¼ **46** M., ½ **23** M., ¼ **11,50** M., ⅛ **6,25** M., bei Vorauszahlung für alle 4 Classen 1/1 **180** M., ½ **90** M., ¼ **45** M., ⅛ **23** M.
Antheil-Loose 1/5 1/10 1/16 1/20 1/32 1/40 1/64 1/80 1/100
für die 1. Classe 10 M. 5 M. 3,25 M. 2,50 M. 1,75 M. 1,50 M. 1,10 M. 1 M. 0,90 M.
Anth.-L. b. Vorauszahl. f. alle 4 Class. 1/5 1/10 1/16 1/20 1/32 1/40 1/64 1/80 1/100
40 M. 20 M. 12,50 M. 10 M. 6,50 M. 5,50 M. 4 M. 3,50 M. 3 M.
A. Fuhse, Bankgesch., **Berlin W.** Friedrichstr. 79 im Faberhause.
Telegr.-Adr.: Fuhsebank, Berlin. — Telephon-Anschl.: 7647.

Ziehung schon am 3. März 1887.
NUR 1 Mark.
Cölner Loose
(der St. Peters-Kirche zu Cöln)
2500 Gewinne. Gesammtwerth **83 400** Mark, Hauptgewinn i. W. v.
25 000 M.; **10 000** M., 5000 M.
3 à **1000** Mk. etc. etc.
Cölner Loose à 1 M., 11 Loose für 10 M.. Porto und Liste 30 Pfg. sind zu haben in sämmtlichen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und zu beziehen durch
A. Fuhse, Bank-Geschäft, **Berlin W.**
Friedrichstrasse 79, im Faberhause,
Telegramm-Adresse: **Fuhsebank Berlin,**
Telephon-Anschl. 7647.
Schroedel & Simon (Richard Schroedel)
und **Rich. Zander**, Halle a/S., Charlottenstrasse 8.

Eisernes Baumaterial
als **Träger** aller Höhen und Längen, **Bauschienen**, 4, 5 und 9" hoch, **gusseis. Säulen, Fenster, Rosetten** 2c.
— **Eisenbahnschienen** und **Grubenschienen** zu Geleisen. —
Complette Geleisanlagen. Berechnung und Ausführung von Baueisen-Constructionen. **Grosses Lager. — Schnellste Lieferung. — Langjährige Specialität. — Zahlreiche Referenzen.** Kataloge, Statische Berechnungen und Kostenanschläge gratis. **Billigste Preisnotirungen.**
Hingst & Scheller, Halle a/S.,
Wuchererstraße 64.

Reeller Möbel-Ausverkauf
Große Ulrichstraße 37.
Wegen gänzlicher Aufgabe meines Möbelgeschäfts verkaufe sämmtliche am Lager habende **Möbel**, als: **Plüschgarnituren, Trumeaux, Pfeiler- und Sophaspiegel, Coulissentische, Sophas, Auszug- und Nähtische, Komoden, Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen, Matratzen, Sophabezüge u. s. w.** zu und unter dem Kostenpreise.
A. Fischer,
Große Ulrichstraße 37, Hof, Seitengebäude.

Tapeten-Ausverkauf
wegen Fortzug von Halle.
Das Lager soll und muß zu jedem annehmbaren Preise bis zum 1. April verkauft werden.
Schmeer- und Zapfenstraßen-Ecke.

CHOCOLADE Hartwig & Vogel Dresden UND CACAO
Sorgfältigste Auswahl der Cacaobohnen und ein in allen Stücken vollendetes Fabrikationsverfahren begründen die Vorzüge der Chocoladen und Cacaos von Hartwig & Vogel, welche in deren stetig zunehmendem Verbrauch vollste Bestätigung und Anerkennung finden.
Niederlagen bei Herren **F. W. Rothe**, nfch., **A. Krantz Nchfr., Phil. Eder** und **J. F. Stegmann**, Halle.

Frostbalsam,
bestes Mittel gegen Frostbeulen aufgesprungene Haut 2c., à Fl. 50 ₰ bei
Albin Hentze, 39. Schmeerstraße **39.**

Lederappretur, ff. Lack für Damenschuhe, Goldkäferlack, Lederfett, Kidleder-Cream empfiehlt
M. Waltsgott.

Bohnerwichse
und **Stahlspäne** empfiehlt
M. Waltsgott.

Farben in allen Nüancen, Stoffe mit geringer Mühe wie neu zu färben, empfiehlt
M. Waltsgott.

Möbelpolitur,
mit geringer Mühe Möbel wie neu aufzupoliren, empfiehlt **M. Waltsgott.**

Butterfarbe
empfiehlt **M. Waltsgott.**

Vorzügliche Masse zum Füllen von
Hectographen
billigst bei **M. Waltsgott.**

Wiendorf.
Mittwoch den 2. d. Mts. findet das **3. Abonnements-Concert** statt, wozu freundlichst einladen
Fr. Fiedler, Musikdir. **H. Reuter,** Gastwirth.

Familien-Nachricht.

Heute Vormittag 8 Uhr entschlief im Frieden Christi unser innig geliebter Vater, Schwiegervater, Großvater und Schwager, der Pastor emer. von Bollmaritz, Ritter 2c.,
Johann David Wendel zu Halle a/S., 87 Jahre und 4 Monate alt.
Höhnstedt, Rodersdorf u. Halle, den 26. Februar 1887.
Die Hinterbliebenen.

Das Begräbniß findet Mittwoch Nachmittag 2 Uhr auf dem alten Gottesacker statt.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870301027/fragment/page=0004